Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk

des

evangelisch-lutherischen Konsistoriums

in Kiel.

Stück 14.

Kiel, den 20. Oktober

1923.

Inhalt: 138. Kirchensammlung für den Gustav-Adolf-Verein. — 139. Auszüge aus dem Wohnungsmangelgesetz. — 140. Umlegung der Kirchensteuer nach der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer. — 141. Steuerbeschlüsse. — 142. Vorschüsse auf Kirchensteuern. — 143. Kirchensammlung zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit. — 144. Ausnutzung des kirchlichen Grundvermögens. — 145. Auslösung von Rentenbriefen. — 146. Auslegung des § 2 der Pachtchutzordnung. — 147. Schankstättengesetz. — 148. Rundgebung für das Reformationsfest über die Mischehenfrage. — Personalien. — Erledigte Pfarrstelle.

Nr. 138. Kirchensammlung für den Gustav-Adolf-Verein.

Kiel, den 26. September 1923.

Den Herren Geistlichen bringen wir hiermit in Erinnerung, daß am Reformationsfest — am 4. November d. J. (23. Sonntag nach Trinitatis) — oder, falls dieser Tag schon für eine andere Sammlung bestimmt sein sollte, am Sonntage vorher oder nachher eine Kirchensammlung für den Gustav-Adolf-Verein in allen Kirchen unseres Aufsichtsbezirks bei allen an diesem Tage stattfindenden Gottesdiensten abzuhalten ist.

Der Ertrag soll einer Arbeitergemeinde in Heusenstamm bei Offenbach a. M. zufließen.

Wir verweisen auf die nachstehende Mitteilung des Schriftführers des Hauptvereins für die Abkündigung und ersuchen die Herren Geistlichen, die Sammlung in ihren Gemeinden angelegentlich zu empfehlen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. V. 897.

D. Dr. Müller.

Mitteilung.

Heusenstamm bei Offenbach am Main, einer Arbeitergemeinde von ca. 400 Seelen, soll nach Beschluß der Hauptversammlung in Brees die Reformationskollekte zufallen. Mit vorbildlicher Treue hat diese kleine Gemeinde ein halbes Jahrhundert lang daran gearbeitet, ein Kirchlein zu bekommen. Mit Hilfe des hessischen Gustav-Adolf-Vereins, der hessischen Landeskirche, durch eine geradezu überwältigende Opferfreudigkeit und Selbsthilfe der Gemeindeglieder waren $\frac{3}{4}$ der Kosten gedeckt. Nun hat die Geldentwertung alle Berechnung über den Haufen geworfen. „Es gehört doch zum Schönsten auf der Welt“, schreibt der Pfarrer der Gemeinde uns auf die Mitteilung, daß seine Gemeinde in der Abstimmung gesiegt habe, „den warmen Pulsschlag der evangelischen Bruderliebe fühlen zu dürfen, leben und arbeiten zu können unter Schutz und Schirm des gottgesegneten Gustav-Adolf-Vereins“.

Möge die Reformationskollekte in Schleswig-Holstein ihm recht geben.

Der 1. Vereinssekretär.

gez. Sieveking.

Nr. 139. Auszüge aus dem Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923.

Kiel, den 28. September 1923.

Durch das am 1. September 1923 in Kraft getretene Wohnungsmangelgesetz vom 26. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt S. 754 ff.) ist der § 5 a dieses Gesetzes vom 11. Mai 1920 (siehe unsere Bekanntmachung vom 3. September 1920 — Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 128) in § 7 abgeändert und erhält folgende Fassung:

§ 7.

Die Inanspruchnahme von Gebäuden oder Räumen, die im Eigentum oder in der Verwaltung des Reichs oder eines Landes oder im Eigentum oder in der Verwaltung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts stehen und öffentlichen Zwecken oder zur Unterbringung von Angehörigen der Verwaltung des Reichs, des Landes oder der Körperschaft zu dienen bestimmt sind, ist nur zulässig, wenn von der zuständigen Reichs- oder Landesbehörde kein Einspruch erhoben wird. Diese Behörden entscheiden auch, ob die im Satz 1 erwähnten Voraussetzungen im Einzelfalle vorliegen. Ist Einspruch erhoben, so entscheidet bei Gebäuden oder Räumen, die zur Verfügung des Reichs stehen, die Reichsregierung, im übrigen die Landesregierung.

Die Bestimmungen des Abs. 1 finden auf Gebäude und Räume, die im Eigentum oder in der Verwaltung gemeinnütziger Anstalten und Stiftungen, sowie gemeinnütziger, nicht auf Erwerb gerichteter Organisationen stehen, oder die religiösen oder anerkannt gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, entsprechend Anwendung.

Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 gelten auch für andere Anordnungen und Maßnahmen, die auf Grund dieses Gesetzes getroffen sind. Das Recht der Gemeindebehörden aus §§ 2 und 3

bleibt jedoch unberührt. Die Verfügung nach § 2 ist unzulässig, wenn gleichwertiger neuer Wohnraum hergestellt wird. Verträge der im Abs. 1 und 2 genannten Stellen über die Vermietung von Gebäuden oder Gebäudeteilen zu öffentlichen Zwecken dürfen nicht der Genehmigung der Gemeindebehörden unterstellt werden.

Die §§ 2 und 3 des Gesetzes haben folgenden Wortlaut erhalten:

§ 2.

Ohne vorherige Zustimmung der Gemeindebehörde dürfen

- a) Gebäude oder Teile von Gebäuden nicht abgebrochen,
- b) mehrere Wohnungen zu einer nicht vereinigt werden.

Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, dürfen zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume nicht verwendet werden. In besonderen Fällen kann die Gemeindebehörde Ausnahmen zulassen, wenn für den beanspruchten Raum neuer Wohnraum erstellt wird.

§ 3.

Der Verfügungsberechtigte hat der Gemeindebehörde

- a) unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäftsräume oder sonstige Räume unbenutzt sind,
- b) ihrem Beauftragten über die unbenutzten Wohnungen und Räume sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und ihm die Besichtigung zu gestatten.

Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leerstehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern den Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann, oder wenn der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz dauernd oder zeitweilig in das Ausland verlegt hat.

Im übrigen behalten unsere Verfügungen bezüglich der Wohnungsmangelverordnung (siehe Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. 1920, S. 128 ff., und 1923, S. 102 ff.) ihre Wirksamkeit.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. V. 912.

D. Dr. Müller.

Nr. 140. Umlegung der Kirchensteuer nach der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.

Kiel, den 15. Oktober 1923.

Durch das preussische Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen vom 14. Februar 1923 — Gesetz-Sammlung S. 29 ff. — (vergl. auch unsere Bekanntmachung vom 20. März 1923 — Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 51) ist die bisherige staatlich veranlagte Grund- und Gebäudesteuer für ganz Preußen mit Ausnahme der Insel Helgoland bis zum 1. April 1926 außer Kraft gesetzt.

Nach § 18 des genannten Gesetzes ist, soweit nach den bestehenden Vorschriften in den Gemeinden oder anderen öffentlich-rechtlichen Verbänden, zu welchen letzteren die Kirchengemeinden gehören, Steuern von Grundbesitz in Hundertteilen der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer erhoben werden können oder das Soll der vom Staate veranlagten Realsteuern bei der Aufbringung des Bedarfs zu berücksichtigen ist, an die Stelle des bisherigen Solls das nach den Vorschriften des Gesetzes vom 14. Februar 1923 ermittelte Soll getreten. Wie uns der Herr Regierungspräsident auf Anfrage mitgeteilt hat, ist die Veranlagung der vorläufigen Grundvermögenssteuer nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Februar 1923 inzwischen restlos durchgeführt worden.

Danach ist bei allen kirchlichen Umlagen, sowohl hinsichtlich des Bedarfs der Einzelgemeinden, als auch der Umlage der Propsteisynodalkostenbeiträge auf die Einzelgemeinden, welche nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuer erfolgten, vom 1. April 1923 ab nur noch die vorläufige Grundvermögenssteuer der Berechnung zugrunde zu legen. Das Soll der vorläufigen Grundvermögenssteuer ist gegebenenfalls bei den Gemeinden und Katasterämtern zu erfragen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. VI. 3006.

D. Dr. Müller.

Nr. 141. Steuerbeschlüsse.

Riel, den 9. Oktober 1923.

Im Nachgange zu unserer Bekanntmachung vom 15. März 1923 — V 693 II — Kirchf. Gef. u. V.-Bl. S. 49 — bringen wir nachstehende Rundverfügung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamts Schleswig-Holstein an die Finanzämter seines Bezirks vom 2. Oktober 1923 — I B 4699 — zur Kenntnisnahme und Nachachtung seitens der beteiligten Kirchengemeinden:

„In Verfolg von Ziffer 2 des Erlasses des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 24. Mai 1923 — III B 2024 — wird zur Vermeidung unwirtschaftlicher Verwaltungsarbeit nach Anhörung der oberen Kirchenbehörden des Bezirks angeordnet:

1. Für die Mitwirkung der Finanzämter bei der Veranlagung und Erhebung der Kirchensteuern für 1923 und die Zugänge aus den vergangenen Kirchensteuerjahren sind nunmehr die Grundsätze:

- a) der Kleinbetragsverordnung vom 3. Oktober 1922,
- b) der Abrundungsverordnung vom 31. März 1923

in der für die Reichseinkommensteuer jeweils geltenden Fassung sinngemäß anzuwenden.

Dementsprechend ist bis auf weiteres:

zu a) von der Erhebung solcher Kirchensteuerbeträge, welche das Sechsfache der jeweiligen Gebühr für die Beförderung eines Fernbriefes bis zu 20 gr nicht übersteigen und welche durch besondere Anforderung erhoben werden müßten, abzusehen;

zu b) der zusammen mit der Einkommensteuer zu veranlagende und zu erhebende Kirchensteuerbetrag auf den nächsten durch 4000 teilbaren Markbetrag nach unten, und der von den nur Lohnsteuerpflichtigen besonders anzufordernde Kirchensteuerbetrag auf volle 1000 Mark nach unten abzurunden.

2. Es muß den Kirchengemeinden, welche wegen ihrer Notlage den Ausfall der nach Ziffer 1 in Betracht kommenden Steuerkleinbeträge nicht tragen zu können glauben, überlassen bleiben, diese Steuerbeträge durch ihre Organe, gegebenenfalls durch freiwillige Helfer aus der Zahl der Gemeindeglieder, selbst zu veranlagern und zu erheben. In diesem Falle haben ihnen die Finanzämter die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und namentlich bei der Fertigung von Abschriften aus den Hauptsteuer-, Lohnsteuerlisten und den Sollbüchern möglichst entgegenzukommen."

Indem wir zugleich auf unsere Bekanntmachung vom 22. September 1923 — Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 195 — hinweisen, ersuchen wir die kirchlichen Gemeindeorgane, bei der Veranschlagung des Kirchensteuerbedarfs schon von vornherein einen entsprechenden Geldentwertungsfaktor mit einzusetzen und zu berücksichtigen, daß ganz wesentlich höhere Hundertsätze des Steuerfolls erhoben werden müssen, mindestens aber solche, die noch bei der Einziehung der Kirchensteuer das Sechsfache der jeweiligen Gebühr für einen Fernbrief erreichen.

Andernfalls würden die betreffenden Kirchengemeinden mit Einnahmen aus Kirchensteuern wohl kaum zu rechnen haben, denn die Kosten der Selbsteinziehung der Kleinsteuerbeträge würden dann in manchen Fällen so hoch sein, daß von der Einziehung abgesehen werden müßte.

Gleichzeitig bringen wir unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 5. Februar 1923 — Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 47 ff. — hiermit zur Kenntnis, daß der Herr Finanzminister das Landesfinanzamt ermächtigt hat, den Entschädigungssatz für die Veranlagung der Nachtragsumlagen bis auf weiteres nicht zu erheben.

Hinsichtlich des Entschädigungssatzes für die Erhebung der Nachtragsumlage verbleibt es jedoch bei den festgesetzten 2%.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. VI. 3111.

D. Dr. Müller.

Nr. 142. Vorschüsse auf Kirchensteuern.

Kiel, den 10. Oktober 1923.

Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat durch einen an sämtliche Herren Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß vom 5. Oktober 1923 — GI 2745 III — nach Benehmen mit dem Herrn Finanzminister folgendes bestimmt:

1. Den Kirchengemeinden (Synagogengemeinden) können auf die Kirchensteuereingänge des Kirchensteuerjahres 1923 auf Antrag Vorschüsse bis zur vollen Höhe des für den Monat

Oktober 1923 entstehenden Bedarfs an Besoldungen für ihre Beamten und Angestellten gewährt werden.

Beamte und Angestellte an solchen Einrichtungen der Gemeinden, die nicht rein religiösen Zwecken dienen, mit Ausnahme der Friedhöfe, bleiben außer Ansatz.

2. Die Vorschüsse sind nicht zu verzinsen; auch bedarf es weder neuer Umlagebeschlüsse noch einer förmlichen Erklärung, durch die Kirchensteuereingänge verpfändet werden. Dagegen hat sich die Gemeinde zur Rückzahlung des Vorschusses binnen 6 Monaten zu verpflichten.

3. Pfarrbesoldungen, für die Staatsvorschüsse auf Grund der Pfarrbesoldungsgesetze gewährt werden, bleiben unberücksichtigt.

4. Den Anträgen ist nur zu entsprechen, wenn:

- a) glaubhaft gemacht wird, daß die Gemeinde aus eigenen Mitteln die Ausgaben nicht leisten kann, für die der Vorschuß erbeten wird, und
- b) eine Liste der Beamten und Angestellten vorgelegt wird, aus welcher der Aufgabekreis und die Besoldung eines jeden ersichtlich ist.

5.—7. zc. — — —

Ob für die Novemberzahlungen die Reichszuschüsse aus § 60 Ziffer 8 des Finanzausgleichsgesetzes bereitstehen werden, ist ungewiß. Sollte es nicht der Fall sein, so können zwar weitere Vorschüsse auf die Kirchensteuereingänge in Betracht kommen, es muß aber dann damit gerechnet werden, daß auf die späteren Vorschüsse nicht mehr das erleichterte Verfahren Anwendung findet, wie es für September und Oktober zugelassen ist. Voraussetzlich wird für jene Vorschüsse wieder, wie früher, gefordert werden: deckende Umlagebeschlüsse, Verzinsung, Vorauszahlung der Zinsen und Verpfändung der Steuereingänge. Die Gemeinden werden daher wegen Herbeiführung von Umlagebeschlüssen, die den späteren Bedarf decken, unverzüglich das Weitere zu veranlassen haben.

Wir verweisen hierbei gleichzeitig auf unsere Bekanntmachung vom 25. September 1923 (VI 2842 — Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 196) und veranlassen hiermit die Kirchengemeinden, baldigst die zur Abdeckung der staatsseitig auf die Kirchensteuern erhaltenen Vorschüsse erforderlichen Umlagebeschlüsse zu fassen und, soweit es sich um neues Kirchensteuerrecht handelt, an uns zur Genehmigung einzureichen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. VI. 3080.

D. Dr. Müller.

Nr. 143. Kirchensammlung zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit.

Kiel, den 10. Oktober 1923.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 24. Oktober 1922 — Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 227 — bringen wir den Herren Geistlichen hiermit in Erinnerung, daß in diesem

Jahre die Kirchensammlung zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit am 21. November (Bußtag) in allen Kirchen unseres Aufsichtsbezirks bei allen an diesem Tage stattfindenden Gottesdiensten abzuhalten ist.

Im übrigen verweisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 17. Oktober 1918 — Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 112 — und ersuchen die Herren Geistlichen, die Sammlung warm zu empfehlen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

D. Dr. Müller.

Nr. V. 973.

Nr. 144. Ausnutzung des kirchlichen Grundvermögens.

Kiel, den 10. Oktober 1923.

Gegen Ziffer 5 unserer Bekanntmachung vom 31. August 1923 (Kirchl. Ges.- u. B.-Bl. S. 174) ist von beachtenswerter Seite geltend gemacht, daß diese Bestimmung in den Fällen, wo es sich um kleine Pächter handle, schwer durchführbar sei, da diese in den ersten Monaten des Jahres nicht zahlen könnten. Dagegen habe es sich bewährt, daß für diese Pächter in der zweiten Jahreshälfte eine Anzahl Zahlungstermine festgesetzt würden.

Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß in solchen Fällen, wo es sich um kleine und leistungsschwache Pächter handelt, die erst nach Eingang ihrer Erträge aus dem Pachtlande zahlen können, die Zahlungstermine anders festgesetzt werden, als in unserer Bekanntmachung gefordert ist.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

D. Dr. Müller.

Nr. VI. 3013.

Nr. 145. Auslösung von Rentenbriefen.

Kiel, den 11. Oktober 1923.

Der Betrag der zur Auslösung kommenden Rentenbriefe ist meist so verschwindend gering, daß die Übersendungskosten des Rentenbriefes und die Überweisungskosten des Geldbetrages die zur Auszahlung kommende Summe um ein Vielfaches übersteigen.

Eine Vereinfachung des Verfahrens der Auszahlung ausgeloster Rentenbriefe ist nach Auskunft der Rentenbank in Stettin zurzeit nicht möglich, da die ausgelosten Rentenbriefe von der Rentenkasse nur unter Vorlegung der ausgelosten Stücke mit dem Nennwert ausgelost werden.

Um die gegenwärtigen hohen Portokosten zu sparen, empfiehlt es sich, die ausgelosten Rentenbriefe bis auf weiteres zur Einlösung nicht vorzulegen, da die ausgelosten Rentenbriefe erst binnen 10 Jahren mit dem auf den Fälligkeitstermin folgenden letzten Dezember verjähren und eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht ausgeschlossen ist. Eine Verzinsung

der ausgelosten Rentenbriefe findet jedoch von dem zur Auszahlung der Rentenbriefe bestimmten Termin ab nicht mehr statt.

Eine Verantwortung für die Folgen der Nichteinlösung hat die Rentenbank abgelehnt.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

D. Dr. Müller.

Nr. VI. 2836.

Nr. 146. Auslegung des § 2 der preußischen Pachtchutzordnung.

Kiel, den 12. Oktober 1923.

Das Kammergericht hat wiederum (siehe Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. 1923, S. 36) eine Rechtsentscheidung bezüglich der Bedeutung des Begriffs der „wirtschaftlichen Notlage“ im Sinne des § 2 Abs. 2 P.-Sch.-D., sofern Verpächterin eine Kirchengemeinde ist, gefällt, die für Verhandlungen vor den Pachteinigungsämtern und die Erhebung von Rechtsbeschwerden gegen deren Entscheidungen wichtig ist.

Es handelt sich darum, daß ein Pachteinigungsamt den Antrag der Verpächterin, einer Kirchengemeinde, auf Erhöhung der Pachtzinsen abgewiesen hatte mit der Begründung, die Pacht fließe in die Pfarrkasse, welcher der preußische Staat erforderlichenfalls Unterstützungen zu gewähren habe. Der Geistliche und die Pfarrkasse seien an der Höhe des Pachtzinses nicht interessiert, sondern nur der Staat. Deshalb könne die Verpächterin durch den zweifellos zu niedrigen Pachtzins nicht in eine wirtschaftliche Notlage geraten. Auf die Rechtsbeschwerde hat das Landgericht die Sache zum Rechtsentscheid dem Kammergericht vorgelegt mit der Frage, ob die starke Geldentwertung der letzten Monate ohne gleichzeitige Erhöhung der Pachteinnahmen die Kirchengemeinde in eine wirtschaftliche Notlage brächte, die durch erhöhte Besteuerung nicht beseitigt werde. Das Kammergericht hat diese Frage bejaht, und zwar auch, sofern noch die alte P.-Sch.-D. anzuwenden gewesen wäre, durch die noch nicht, wie in der heute gültigen P.-Sch.-D., die Änderung der Leistungen schlechthin zugelassen war, sobald Verpächterin eine Kirchengemeinde ist.

Der Rechtsentscheid mit den Gründen ist abgedruckt im Preußischen Verwaltungsblatt 1922, S. 103. Abschrift kann auch im Bedarfsfalle von uns zur Verfügung gestellt werden.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

D. Dr. Müller.

Nr. VI. 3093.

Nr. 147. Schankstättengesetz.

Kiel, den 19. Oktober 1923.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachungen vom 28. Mai und 30. August d. Js. — Kirchl. Ges.- u. V.-Bl. S. 97. bezw. 169 — richten wir noch einmal die Aufmerksamkeit der Herren Geistlichen, der kirchlichen Körperschaften und aller kirchlich interessierten Kreise mit Nachdruck auf

die Bedeutung des in Vorberatung befindlichen Entwurfs eines Schankflättengesetzes hin. Auch der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, der bereits durch Schreiben vom 19. April die evangelischen Kirchenregierungen Deutschlands auf die Wichtigkeit dieser Frage hingewiesen hatte, hat uns erneut dringend gebeten, darauf hinzuwirken, daß durch Sammlung von Unterschriften unter geeigneten Entschliefungen und Anträgen an den Reichstag der Reichstagsausschuß, dem der Entwurf zurzeit vorliegt, dahin beeinflusst wird, diesen zu einem wirklich brauchbaren Gesetz umzugestalten.

Als die hauptsächlichsten Punkte, die hierbei in Betracht kommen, sind von der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus namentlich folgende Abänderungen bezw. Ergänzungen als notwendig bezeichnet worden:

1. Auch für den Flaschenbierhandel ist die Erlaubnis — und zwar durch Reichsgesetz — einzuführen (§ 1 des Gesetzentwurfes).

2. Sämtliche Erlaubnisse sind nicht für Lebenszeit, sondern für eine bestimmte Zeit (höchstens 10 Jahre) zu erteilen (§ 4).

3. Das Jugendschutzalter ist für alle geistigen Getränke auf das vollendete 18. Lebensjahr festzusetzen; das Verabfolgen von geistigen Getränken an Jugendliche ist ohne Einschränkung zu verbieten (§ 16).

4. Das Gemeindebestimmungsrecht ist durch Reichsgesetz einzuführen und die Wirksamkeit des Gesetzes dadurch sicherzustellen, daß die Abstimmung auf Verlangen eines Zehntels der Wahlberechtigten stattzufinden hat und daß die Zustimmung von sechs Zehnteln der gültigen Stimmen für die erste wie für jede folgende Abstimmung genügt (§ 26).

5. Es ist zu verbieten, daß in und an Verkehrsmitteln und Verkehrseinrichtungen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, Anpreisungen von geistigen Getränken angebracht werden.

Wir sehen davon ab, den Kirchengemeinden ein gesondertes Vorgehen in dieser Richtung nahezu legen, halten es aber für eine unabweisbare Pflicht aller derer, denen das wahre Wohl unseres Volkes am Herzen liegt, jede derartige Bestrebung nach Kräften zu fördern und durch die Unterschrift unter Entschliefungen, Anträge und Petitionen zu stützen. Wir ersuchen die Herren Geistlichen, diese Angelegenheit erneut zum Gegenstand der Erörterung in den Sitzungen der kirchlichen Körperschaften zu machen und nach Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß die kirchlich gesinnten Kreise jede Maßnahme zur Unterstützung und Verbesserung des Gesetzentwurfes mit allen Mitteln unterstützen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. I. 1852.

D. Dr. Müller.

Nr. 148. Kundgebung für das Reformationsfest über die Mischehenfrage.

Kiel, den 22. Oktober 1923.

Auf Grund einstimmigen Beschlusses der 15. ordentlichen Gesamtsynode vom 19. Dezember 1921 soll die unten abgedruckte Kundgebung alljährlich am Reformationsfeste von der Kanzel verlesen

werden. Im vorigen Jahr ist diese Bekanntmachung versehentlich unterblieben. Wir ersuchen nunmehr sämtliche Herren Geistlichen, die Kundgebung am Sonntag, den 4. November d. Js. nach der Predigt von der Kanzel zu verlesen.

Wichtige Bestimmungen über die religiöse Kindererziehung nach dem Reichsgesetz vom 15. Juli enthält das Mischehenflugblatt Nr. 4, das im Verlage des Evangelischen Bundes, Berlin W 35, Postcheckkonto Nr. 18124, erschienen ist.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

Nr. I. 1405.

D. Dr. Müller.

K u n d g e b u n g.

„Unser Volk bedarf mehr als je des konfessionellen Friedens. Auf's schwerste wird er aber von der katholischen Kirche bedroht, denn in dem seit 1918 geltenden neuen Gesetzbuch für die katholische Kirche sind in rücksichtsloser Schärfe die alten Bestimmungen des katholischen Rechtes über die Mischehen erneuert worden. Dieses Recht zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die unverändert feindselige Haltung der römischen Kirche dem Luthertum gegenüber. Es wird jetzt offen ausgesprochen, daß die Mischehen, die vor einem nichtkatholischen Religionsdiener geschlossen werden, als wilde Ehen und die aus ihnen geborenen Kinder als unehelich in allen kirchlichen Dingen zu betrachten und zu behandeln sind. Diese anmaßliche Beschimpfung der evangelisch-lutherischen Kirche weisen wir mit allem Nachdruck zurück. Was Gottes Wort in evangelischer Trauung geheiligt hat, kann kein römisches Gesetzbuch entheiligen. Bei dieser Haltung der katholischen Kirche warnen wir die Glieder unserer Landeskirche doppelt eindringlich vor dem Eingehen von Mischehen.“

P e r s o n a l i e n.

Ordiniert: am 23. September 1923 der Pfarramtskandidat Walther Jacobsen aus Glückstadt als Hilfsgeistlicher in Ratekau (Oldenburg).

Eingeführt: am 14. Oktober 1923 der Provinzialvikar Pastor Hans Matthiessen als Pastor in Odenbüll auf Nordstrand.

Bestätigt: am 27. September 1923 der Provinzialvikar Pastor Matthiessen in Odenbüll auf Nordstrand zum Pastor daselbst.

Präsentiert: für das Pastorat des Westbezirks in Meldorf:

1. Pastor Bünz-Wewelsfleth,
2. „ West-Kronprinzenkoog,
3. Provinzialvikar Pastor Dwenger-Preek;

als Erfahrmänner:

1. Provinzialvikar Pastor Stoldt=Bellworm,
2. Pastor Binzow=Cutin,
3. Pfarramtskandidat Jacobsen=Glückstadt.

In den Ruhestand versetzt: auf ihren Antrag zum 1. Oktober 1923:

1. Pastor Soltau=Westerland,
 2. Hauptpastor Esmarch=Altona;
- zum 1. April 1924:
3. Propst D. Paulsen=Altona,
 4. Pastor Höck=Steinberg.

Erledigte Pfarrstelle.

Westerland auf Sylt, Propstei Südtondern. Befoldung nach Gruppe XI vorgesehen. Ortlicher Sonderzuschlag z. Bt. 12 000 v. H. des Grundgehalts und Ortszuschlags. Ortsklasse A. Konsistorium präsentiert, Kirchengemeinde wählt. An das Konsistorium zu richtende Bewerbungsgesuche sind bis zum 20. Oktober d. J. an den Propstei-Synodalausschuß in Leda einzureichen.

Seite 208
(Leerseite)